Nr. 22. — Zweites Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 14. Januar 1897.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidenbank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Steuer-Veranlagungen.

Dem Abgeordnetenhaus ist eine vergleichende Uebersicht der Ergebnisse der Einkommensteuer- und Ergänzungssteuerveranlagung für 1895—96 und 1896—97 zugegangen. Darnach ist an Einkommensteuer in Preußen für das Steuerjahr 1896—97 (1895—96) bei 2 654 444 (2 605 183) Zensiten der Betrag von 127 080 740 (123 433 466) Mark veranlagt worden. Das Mehr entfällt ganz allein auf die physischen Personen, wogegen die juristischen Personen ein Weniger an Steuern in Höhe von 142 420 (840 266) Mark ergeben haben. Die veranlagten Zensiten ergeben 8,46 (8,45) v. H. der Gesamtbevölkerung. Von ihnen entfallen auf die Städte 1 572 501 (1 541 453), auf das Land 1 080 014 (1 061 839). Die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung betrug in den Städten 5 287 466 (4 949 556), auf dem Lande 4 995 364 (4 699 164), zusammen 10 282 830 (9 648 720) Köpfe, oder auf einen Zensiten in den Städten 3,36 (3,21), auf dem Lande 4,63 (4,43), überhaupt 3,38 (3,71) Köpfe. Mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark sind veranlagt 331 091 (324 294) Zensiten (physische Personen), und zwar in den Städten 251 958 (246 317), oder 1,98 (1,98) vom Hundert der Bevölkerung und 16,02 (15,98) v. H. aller Zensiten, und auf dem Lande 79 133 (77 977) oder 0,43 (0,42) v. H. der Bevölkerung oder 7,33 (7,34) v. H. der Zensiten. Mit 900 bis 3000 Mark sind veranlagt 87,52 (87,54) v. H., mit 3000 bis 6000 Mark 8,10 (8,13) v. H., mit 6000 bis 9500 Mark 2,18 (2,17) v. H., mit über 9500 Mark 2,19 (2,16) v. H. der Gesamtzahl.

Das veranlagte Einkommen der Zensiten beträgt 6 086 052 635 (5 936 867 635) Mark, wovon auf die Städte 4 183 279 309 (4 066 179 427) Mark, und auf das Land 1 902 773 326 (1 876 688 208) Mark entfallen. Das Durchschnittseinkommen stellt sich daher in den Städten auf 2660,26 (2633,99) Mark, auf dem Lande auf 1761,80 (1767,39) Mark, überhaupt auf 2294,45 (2280,52) Mark. Von dem veranlagten Einkommen der Zensiten mit mehr als 3000 Mark Einkommen im Betrage von 2 889 314 435 (2 800 990 639) Mark entfallen auf Kapitalvermögen 912 455 668 (904 491 936) Mark, auf Grundvermögen 755 285 319 (739 470 900) Mark, auf Handel, Gewerbe und Bergbau 1 019 219 175 (963 428 961) Mark, auf Gewinn bringende Beschäftigung 684 498 767 (460 447 079) Mark. An Schuldenzinsen, dauernden Lasten 2c. sind 482 498 767 (460 447 079) Mark in Abzug gebracht. Das Sollaufkommen der Steuer in Höhe von 120 305 978 (116 516 284) Mark vertheilt sich auf die Städte mit 89 769 873 (86 449 154) Mark und auf das Land mit 30 536 105 (30 067 130) Mark. Der Steuerbetrag des einzelnen Zensiten stellt sich in den Städten auf 2,15 (2,13), auf dem Lande 1,60 (1,60) v. H. des veranlagten Einkommens. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in den Städten 7,04 (6,94), auf dem Lande 1,64 (1,64) und überhaupt 3,84 (3,78) Mark.

Die einzelnen Einkommensgruppen der Zensiten bringen an Steuer auf: Die Zensiten von 900 bis 3000 Mark 30,06 (30,39) v. H., 3000 bis 6000 Mark 16,30 (16,56), 6000 bis 9500 Mark 9,68 (9,76), über 9500 Mark 43,96 (43,29) v. H. des Gesamtsolls.

Für die Ergänzungssteuer hat für das Jahr 1896—97 eine neue Veranlagung stattgefunden, die mit Beibehaltung der erhöhten Steuersätze (auf Grund der Verordnung vom 25. Juni 1895) bei einem Mehr von 14 413 Zensiten an Steuer ein Mehr von 18 765,40 Mark gebracht hat.

Veranlagt sind 1 166 745 (1 152 332) Zensiten, gleich 3,72 (374) v. H. der Gesamtbevölkerung, und zwar in den Städten 528 305 (520 192) und auf dem Lande 638 440 (632 140). Die veranlagte Bevölkerung beträgt in den Städten 1 720 464 (1 724 638) und auf dem Lande 2 659 487 (2 631 906), zusammen 4 379 951 (4 356 544) Köpfe, oder auf einen Zensiten in den Städten 3,26 (3,32), auf dem Lande 4,17 (4,16) und überhaupt 3,75 (3,78) Köpfe. Mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 M. sind zur Ergänzungssteuer veranlagt 892 641 (883 449), von mehr als 3000 Mk. 274 104 (268 883) Zensiten. Von den Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. entfallen auf die Städte 204 440 (199 991) und das Land 69 664 (68 892) Zensiten. Das gesamte steuerpflichtige Vermögen der Zensiten in Höhe von 64 024 178 053 (63 917 805 052) M. entfällt auf die Städte mit 38 350 422 308 (38 350 204 175) Mark und auf das Land mit 25 673 755 745 (25 567 600 877) Mark; das Durchschnittsvermögen jedes Zensiten stellt sich daher in den Städten auf 72 591,44 (73 723,17) Mark, auf dem Lande auf 40 213,26 (40 446,11) Mark, überhaupt auf 54 874,18 (55 468,22) Mark. Ein Vermögen von mehr als 500 000 Mark besitzen nur 1,15 (1,19) v. H. aller Zensiten. An dem Sollaufkommen der Ergänzungssteuer im Betrage von 31 064 601,60 (31 045 836,20) Mark sind die Städte betheiligt mit 19 232 153,80 (19 208 574,60) Mark und das Land mit 11 832 447,80 (11 837 261,60) Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in den Städten 1,51 (1,54), auf dem Lande 0,64 (0,64) und überhaupt 0,99 (1,01) Mark. An dem Steuersoll sind die großen Vermögen von mehr als 500 000 Mark mit 31,26 (31,55) v. H., die kleinen Vermögen von nicht mehr als 32 000 Mark mit 16,89 (16,72) v. H., die mittleren aber mit 51 85 (51,73) v. H., also mit mehr als die Hälfte betheiligt.

Aus dem Reiche.

Bei dem **Besuch des Kaisers und der Kaiserin** in der Polytechnischen Hochschule in Charlottenburg zu einem Vortrage des Prof. Linde über „Flüssige Luft" war das Kaiserpaar begleitet von dem Kriegsminister v. Goßler, den Flügeladjutanten Grafen Moltke und v. Löwenfeld und der Palastdame Fräulein v. Gersdorff. Der Rektor der Technischen Hochschule, Geheimrath Professor Hauck, geleitete die hohen Gäste nach dem Auditorium des Geheimraths Slaby, wo Professor Linde seinen Vortrag hielt. An den Vortrag schloß sich eine Reihe von Experimenten. Der Kaiser erkundigte sich, in welcher Form die Lindesche Entdeckung praktisch Verwendung finden werde, und ließ sich sehr ausführlich über die weitgehenden Pläne des Entdeckers unterrichten. Zum Schlusse überreichte der Kaiser Herrn Professor Linde den Kronen-Orden zweiter Klasse. Der Kaiser erkundigte sich dann bei Prof. Slaby über dessen neueste Arbeiten und ließ sich einige Experimente vorführen. Dabei konnte dem Kaiser der erste in Deutschland hergestellte künstliche Diamant gezeigt werden. Die Herstellung ist auf Grund des modifizirten Moissanschen Verfahrens Herrn Geheimrath Slaby kürzlich gelungen. Der Diamant zeigt unter dem Mikroskop deutlich die charakteristische, oktaedrische Kristallform. Auch das Verfahren zur Herstellung künstlicher Diamanten wurde gezeigt. — Wie der „Staats-Anzeiger für Würtemberg" hört, hat der König die Einführung der von dem Kaiser unter dem 1. Januar d. J. erlassenen Bestimmungen zur Ergänzung der Einführungsordre zu der Verordnung über die **Ehrengerichte der Offiziere** im preußischen Heere, betreffend Einschränkung des Duellwesens im Offizierkorps, bei dem 13. (königlich würtembergischen) Armeekorps befohlen. — Der Geheime Medizinalrath **Professor Dr. v. Esmarch** in Kiel wird am 23. Februar seine silberne Hochzeit mit der Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg begehen. — Aus Anlaß des **50jährigen Professorenjubiläums**, das der Wirkliche Geheime Rath Dr. Eduard Zeller am Dienstag in Stuttgart beging, überbrachte ihm Professor Diels eine Adresse der Berliner philosophischen Fakultät sowie die Glückwünsche der preußischen Akademie der Wissenschaften und der Griechischen Gesellschaft in Berlin. Auch die Universität Bern, an der Geheimrath Zeller vor fünfzig Jahren seine Professorenthätigkeit begann, ließ dem Jubilar durch Prof. Stein eine Adresse überreichen. Von der evangelisch-theologischen Fakultät in Tübingen traf ein Glückwunsch-Telegramm ein. — Ueber das Befinden des sozialdemokratischen **Reichstagsabgeordneten v. Vollmar** berichtet die „Münch. Post", daß ihm in der letzten Zeit sein altes Leiden viel zu schaffen mache, da seine Wunden aus dem deutsch-französischen Kriege wieder aufbrachen. Jüngst ließ er sich mit Röntgenstrahlen den kranken Fuß durchleuchten. Es ergab sich dabei, daß in dem Unterschenkel noch vier fremde Körper sich befinden, darunter nächst der aufgebrochenen Wunde eine plattgedrückte Kugel. Vollmar will sich demnächst dieses Projektil aus dem Bein entfernen lassen. — Der Kompagnieführer in der **ostafrikanischen Schutztruppe August Leue** ist mit Urlaub hier eingetroffen. Er ist einer unserer ältesten Afrikaner; schon zur Zeit, als die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft noch die Landeshoheit in Ostafrika ausübte, war er in ihrem Dienste thätig, trat 1889 in die Wissmannsche Truppe ein und wurde 1891 mit in die kaiserliche Schutztruppe übernommen. Mehrere Jahre lang war er Stationschef in Dar-es-Salaam. Als er im Herbste 1884 von einem Urlaub nach Ostafrika zurückkehrte, wurde er zum Bezirksamtmann von Tabora ernannt. — Die bereits mitgetheilte Niederlegung seines Mandats begründet der **Landtagsabgeordnete Mohr** damit, daß er es nur gethan, um „seinen Wahlmännern die weitere Entschließung anheimstellen zu können". Den Anstoß zu diesem Beschluß dürfte das in der Kolmarer Verhandlung bekannt gewordene Strafregister Mohrs gegeben haben. — Die Einnahmen der preußischen Eisenbahnverwaltung aus dem Verkauf der **Platzkarten zu den D-Zügen** betrugen im Jahre 1895—96, über welches soeben dem Abgeordnetenhause der übliche Bericht erstattet ist, 2 217 582 Mark oder 386 469 Mark, d. h. 21,11 Prozent mehr als im Jahre 1894—95. Die zur Verausgabung gelangte Zahl von Platzkarten ist von 1 178 028 Stück im Jahre 1894 bis 95 auf 1 663 412 Stück im Jahre 1895—96, somit um 485 384 Stück oder 29,18 Prozent gestiegen. — Die **Bernsteinkonferenz**, die gestern erst unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Lohmann, später des Handelsministers Brefeld ihre Berathungen fortsetzte, wurde nach sechsstündiger Verhandlung durch Minister Brefeld mit dem Dank der Regierung an die Mitglieder der Konferenz geschlossen. Wie die „Lib. Korr." hört, hat der Minister die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verhandlungen geeignetes Material für weitere Erwägungen der Regierung geboten haben. Es wurde auch gestern eine Reihe von Vorschlägen erörtert, welche die bisherigen Uebelstände bei der Ausnutzung des Bernsteinregals zu beseitigen und die heimische Bernsteinindustrie zu heben geeignet sind. — In **Beziehungen zu dem evangelischen Oberkirchenrathe** befindet sich eine Anzahl evangelischer Gemeinden des Auslandes, theils europäischer, theils außereuropäischer, welche entweder unter dem Patronate des Kaisers stehen oder sich der preußischen evangelischen Landeskirche mit königlicher Genehmigung angeschlossen und in Bezug auf Kultus und Disziplin ihre Geistlichen der Aufsicht des evangelischen Oberkirchenraths unterstellt haben oder endlich eine sonstige Verbindung mit letzterem unterhalten, insbesondere dessen Vermittelung bei der Wahl ihrer Geistlichen in Anspruch nehmen. Die Zahl dieser evangelischen Gemeinden hat im letztverflossenen Jahre eine kleine Erweiterung erfahren. Sie beläuft sich gegenwärtig in Europa auf 38, im Orient auf 7, in Südamerika auf 24, in Afrika und Australien auf je 1. Im Jahre 1896 sind unter denselben neu hinzugekommen, eine in Italien und zwar Pegli, eine in den La Plata-Staaten und zwar General-Alvear und Charters-Towers in Queensland. — Nach der dem Abgeordnetenhause zugegangenen Nachweisung über die Aus- und Einrangirung in den **Landgestüten des Staates** während des Jahres 1896 befanden sich am 1. Januar 1896 in den 17 Landgestüten 2587 Beschäler. Davon kamen im Laufe des Jahres in Abgang durch Ausrangirung 220, Einrangirung in die Hauptgestüte zu Trakehnen und Graditz 5, durch Tod 54, zusammen 279, bleiben 2308. Einrangirt wurden aus den Hauptgestüten Trakehnen 32, Graditz 18, Beberbeck 6, aus der Zahl der Klepper wieder einrangirt 5, zusammen aus den Hauptgestüten 61, durch Ankauf 269, und zwar 11 Vollblut-, 201 Halbblut- und 57 kaltblütige Hengste. Es ergiebt sich danach am 1. Januar 1897 ein Bestand von 2638 Hengsten. Von diesen sind 103 Vollblut-, 2176 Halbblut- und 359 kaltblütige Hengste. — Den Thatbestand der **Ausweisung des Redemptoristenpaters Mayer** aus den Reichslanden stellt die in Straßburg erscheinende amtliche Korrespondenz nunmehr folgendermaßen fest: Nach den Bedingungen, unter welchen die Niederlassungen der Redemptoristen, wie diejenigen anderer Orden in Elsaß-Lothringen zugelassen sind, müssen sämtliche Mitglieder derselben die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen. Einzelne Redemptoristen, welche die Reichsangehörigkeit erst durch Naturalisation erwerben wollen und sich nach Einreichung des Naturalisationsgesuchs bereits vorübergehend in den Niederlassungen des Landes aufgehalten haben, befinden sich bei Ablehnung des Gesuchs in der Lage, diese Anstalten wieder verlassen zu müssen. Ein solcher Fall ist, wie vor einigen Monaten bezüglich des Paters Willi, eines Schweizers, so neuerdings bezüglich des Paters Mayer eingetreten. Letzterer ist zwar in dem jetzigen Gebiet von Elsaß-Lothringen 1844 geboren, ist aber schon in den sechziger Jahren zu Meaux als Vikar angestellt worden, hat als solcher dort für die französische Nationalität optirt und ist seitdem ununterbrochen in Frankreich, zunächst als Weltgeistlicher, sodann als Mitglied französischer Redemptoristen-Niederlassungen, wohnhaft und thätig gewesen. Daß er, wie Zeitungsartikel angeben, in Folge des Verbots der Redemptoristen-Niederlassungen in Deutschland eine fremde Nationalität habe annehmen müssen, ist sonach unrichtig.

Berlin, 14. Januar. Bei den Erörterungen über das juristische und staatswissenschaftliche Studium wird vielfach die Forderung einer Verlängerung des Studiums auf vier Jahre oder doch auf sieben Semester befürwortet. Solange aber die praktische Vorbildung sowohl für den Justiz- als den höheren Verwaltungsdienst noch mindestens 4 Jahre beansprucht, wäre es schon aus ökonomischen Rücksichten, aber auch im Interesse des Staatsdienstes von größter Wichtigkeit, wenn wenigstens für diejenigen Studenten, welche ihre Studienzeit von Anfang an voll ausnützen, eine Verlängerung der Studienzeit bis über 6 Semester hinaus nicht vorgenommen würde. Ist, wie nicht mit Unrecht behauptet wird, der Lehr- und Lernstoff bei der jetzigen Gestaltung der Vorlesungen für 3 Jahre recht reichlich bemessen, so wirft sich alsbald die Frage auf, ob nicht durch intensivere Ausnutzung des akademischen Trienniums dasselbe zu erreichen ist, was durch die Verlängerung der Studienzeit von anderer Seite angestrebt wird. Dabei fällt alsbald die große Länge der akademischen Ferien ins Auge. Diese nehmen nachgerade einen so großen Theil des Jahres in Anspruch, daß vielfach für die Vorlesungen kaum mehr als die reichliche Hälfte der Zeit übrig bleibt. Daß für die Studenten so lange Unterbrechungen der Vorlesungen, wie sie zur Zeit stattfinden, nicht nöthig, auch nicht vortheilhaft, sondern für ernste Arbeit nichts weniger als förderlich sind, wird ernstlich nicht bestritten werden können. Ohne Zweifel sprechen auf der andern Seite gewichtige Gründe im Interesse der Wissenschaft dafür, daß den Professoren außerhalb der Zeit der Vorlesungen neben der nothwendigen Ruhezeit ausreichende Zeit zur Fortsetzung und Vertiefung ihrer Studien und Forschungen verbleibt. Aber es wird sich doch bei allseitigem guten Willen die mittlere Linie wohl finden lassen, auf der die entgegenstehenden Interessen der Professoren und der Studenten sich behufs intensiverer Ausnutzung der Studienzeit vereinigen können.

— Die „Berl. Korr." schreibt: In einem mit „Zum Bureaukratismus in der Steuerverwaltung II" überschriebenen Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom 30. Dezember v. Js. werden gewisse Einrichtungen der preußischen Staatskassen einer abfälligen Kritik unterworfen. Es scheint, als ob es dem Verfasser dieses Artikels an der Vorbedingung für die Beurtheilung staatlicher Einrichtungen, an der erforderlichen Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse fehlt. Nur durch solche Unkenntniß wird es erklärlich, wenn behauptet wird, die Regierung habe sich der Ausgestaltung des Abrechnungs-, des Check- und des Giroverkehrs gegenüber seither ablehnend verhalten. Das Gegentheil ist richtig. Die hiesige Generalstaatskasse als Zentralkasse der Monarchie, die ihr nachgeordneten Regierungshauptkassen, sowie die Eisenbahnhauptkassen stehen mit der Reichsbank in Giro- und Checkverkehr. Zahlungen an diese Kassen werden durch Vermittelung der Reichsbankanstalten mittelst Checks auf Girokonto geleistet, ebenso erfolgen durch deren Vermittelung Zahlungen an die Spezialkassen (Kreiskassen, Forstkassen 2c.), an deren Sitz sich Bankanstalten befinden, so daß der Baarverkehr zwischen den königlichen Kassen so gut wie ganz weggefallen ist. Endlich werden aus königlichen Kassen an jeden Inhaber von Girokonten Zahlungen im Girowege geleistet und Einzahlungen auf das Girokonto der Regierungshauptkassen können von jeder beliebigen Person geleistet werden. Ebenso unzutreffend sind die Ausführungen des Artikels über das Verfahren bei Pensionszahlungen. Die Beglaubigung der Unterschrift unter den Quittungen, zu welchen Formulare überall leicht erhältlich sind, und die Beibringung des sogenannten Lebensattestes wird für die monatlichen (Interims-) Quittungen schon seit 1885 in den weitaus überwiegenden Fällen, wo der Bezugsberechtigte sich die Pension 2c. von der Kasse persönlich abholt, nicht mehr verlangt und sind nur alljährlich einmal für die Jahresquittung beizubringen. Bescheinigungen über den Besitz des deutschen Indigenats werden aber nur von denjenigen Bezugsberechtigten verlangt, welche im Auslande leben. Von dem Postanweisungsverkehr zur Zahlung von Pensionen und ähnlichen fortlaufenden Bezügen wird auf Anfordern jetzt schon in den geeigneten Fällen Gebrauch gemacht. Ueber die Erweiterung dieser Einrichtung schweben bereits Verhandlungen. Es ergiebt sich hieraus, daß die Darstellungen des Artikels über die mit Erhebung der Pensionsbezüge verbundenen Schwierigkeiten unrichtig sind und ebenso wie die Bemängelungen hinsichtlich des Giro- und Checkverkehrs auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhen.

— Die „Voss. Ztg." schreibt: Die Position des neuen Staatshaushaltsetats, die sich auf die von den Fabrikinspektoren vorzunehmende Revision der Dampfkessel bezieht, ist eine Rechtfertigung für die, die der fehlerhaften Verbindung der Kesselrevision mit dem sozialpolitischen Amt der Fabrikinspektion von vornherein ihren Widerspruch entgegengesetzt haben. Die Regierung sieht sich jetzt selbst genöthigt, die Gewerbeaufsichtsbeamten von einem Theil der Kesselprüfungsarbeit (in den Landwirthschaftsbetrieben und auf den Schiffen) zu befreien, da man sich überzeugt hat, daß der Kesselprüfungsdienst die Beamten stärker belaste, als man ursprünglich bei Beginn der Neuregelung der Gewerbeinspektion im Jahre 1891 geglaubt habe. Da die Ueberwachung der Dampfkessel es den Beamten unmöglich mache, ihrer nächsten Aufgabe, der Beaufsichtigung der gewerblichen Betriebe, die erforderliche Zeit zu widmen, müsse, so wird von Seiten der Regierung erklärt, auf Abhülfe Bedacht genommen werden. Dieses Zugeständniß der Regierung ist sehr werthvoll, aber die Abhülfe, die darin besteht, daß den Beamten ein Theil ihrer Kesselprüfungsthätigkeit abgenommen wird, ist werthlos, weil der Fehler in der Vereinigung der beiden grundverschiedenen Thätigkeiten überhaupt liegt. Was bei der unnatürlichen Personalunion zwischen dem Fabrikinspektor und dem Kesselrevisor vorausgesagt wurde, hat sich erfüllt. Wird auf die Dampfkesselrevision große Sorgfalt gelegt, so kommt das sozialpolitisch hochwichtige Amt der Gewerbeaufsicht zu kurz, und legt man auf dieses den Hauptwerth, so muß die Dampfkesselrevision vernachlässigt werden. Diese Uebelstände haben sich nach beiden Seiten hin gezeigt. Nichts aber ist bedauerlicher als eine verminderte Thätigkeit der Gewerbeaufsicht und nichts bedenklicher als Hast und Ueberstürzung bei der Kesselrevision. Diese beiden Aemter sind nur auf Kosten eines der beiden oder auf beider Kosten mit einander zu vereinen. Die Fabrikinspektion ist ein sozialpolitisches, die Kesselprüfung ein technisches Amt. Dem letzteren ist der volkswirthschaftlich Vorgebildete, dem ersteren der Techniker nicht gewachsen. Der Fabrikinspektor soll die Gesetze und die Verhältnisse der Arbeit, der Kesselprüfer vor Allem die Konstruktion der Kessel kennen. Die Vermengung der beiden Aemter hat aber die Regierung genöthigt, Ingenieure, Vergassessoren 2c. zu den Aemtern heranzuziehen und andere Kräfte, die nicht in technischer, wohl aber in volkswirthschaftlicher und hygienischer Beziehung geschult waren, nicht zu verwenden. Einen Theil dieser Mißstände hat jetzt die Regierung selbst zugegeben; hoffentlich trägt diese Einsicht bald weitere Früchte. Der frühere Handelsminister v. Berlepsch hat bei der Berathung der den Etat des Handelsministeriums pro 1891—92 beigegebenen Denkschrift über die Regelung der Gewerbeinspektionen im Abgeordnetenhause seiner Zeit ausdrücklich erklärt, wenn im Laufe der Zeit sich herausstellen sollte, daß die Vereinigung der Dampfkesselrevision mit der Gewerbeaufsicht zu großen Mißständen führe und namentlich die richtige Handhabung des Fabrikinspektorats erschwere, so werde man von dieser Vereinigung wieder abgehen. Es scheint uns angezeigt, diese Angelegenheit bei der Etatsberathung im Abgeordnetenhause jetzt zur Sprache zu bringen.

— Zur Margarinefrage schreibt die „Deutsche volkswirthschaftliche Korrespondenz": Die Butterinteressenten befinden sich in einer wenig angenehmen Lage, weil die Butterpreise sehr niedrig sind. Daran ist allerdings die Konkurrenz der Margarine unschuldig und hauptsächlich die Thatsache schuld, daß sich die Landwirthschaft in den letzten Jahren mit großem Eifer auf die Fabrikation von Qualitätsbutter geworfen, Meiereigenossenschaften en masse begründet, sich durch diese die Vortheile des Großbetriebes, die Fortschritte der Technik und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung auf diesem Gebiete nutzbar gemacht hat, ein an sich gewiß nur zu lobendes Vorgehen. Aber auch dieses Ding hat, wie alle andern, seine Schattenseite. Denn indem man die Herstellung feiner Buttermarken in kurzer Zeit forcirte, überfüllte man den Markt und drückte zunächst die Preise der Qualitätsbutter, welchen die der geringern Marken folgen mußten. Hieran kann ein Margarinegesetz, und wäre es das denkbar schärfste, nichts ändern. Aber indem man Anträge auf Erlaß eines Margarinegesetzes stellt, schafft man sich ein werthvolles Agitationsmittel, und zwar ein solches, das von längerer Lebensfähigkeit zu sein verspricht, als z. B. der Antrag Kanitz. Gesetzt nämlich, es würde heute ein noch so „scharfes" Margarinegesetz erlassen, so würde damit die Lage des Buttermarktes nicht gebessert. Hinter jedem Margarinegesetz würde daher die Forderung nach immer schärfern Bestimmungen auftauchen, um die Margarine vom Markte zu verdrängen und dort der Butter die Alleinherrschaft zu sichern. Der Friede mit den Margarinegegnern würde also kaum von Dauer sein, ihre Agitation würde fortdauern. Aber eine andere, kaum minder bedenkliche Agitation würde von einer andern Seite drohen. Denn sobald die Sozialdemokratie sich der Thatsache bemächtigen könnte, daß nicht mehr der Schutz eines Nahrungsmittels gegen Verfälschung das Ziel der Gesetzgebung ist, sondern es auf Verdrängung eines billigen Volksnahrungsmittels vom Markte abgesehen wäre, so würde sie gewiß nicht zögern, diesen ihr sehr nützlichen Agitationsstoff nach Kräften auszunützen und den Massen zu zeigen, wie das geringwerthige Nahrungsmittel des armen und das hochwerthige des reichen Mannes mit so verschiedenem Maße gemessen worden seien. Gingen also die verbündeten Regierungen auf die im Reichstage gestellten Anträge um des lieben Friedens willen ein, sie würden statt einer Agitation, die sie los werden wollten, gegen deren zwei Stand zu halten haben.

Weißenfels, 13. Januar. In der gestrigen Versammlung der Mitglieder der Gewerkvereine, an welcher auch die Fabrikanten theilnahmen, wurde der Ausgleichsvorschlag der Zentralleitung, eine gemischte Kommission einzusetzen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Die sozialistischen Arbeiter lehnen ihrerseits einen ähnlichen Vorschlag der Arbeitgeber ab, weil sie keine Gemeinschaft mit den Mitgliedern der Gewerkvereine und den nichtorganisirten Arbeitern hätten, und beschlossen, in den Generalstreik einzutreten. Heute wird in 19 großen Schuhfabriken vollständig, in 8 theilweise gefeiert. In den übrigen Fabriken wird voll gearbeitet.

Kiel, 13. Januar. Das Kadettenschulschiff „Stein", Kommandant Kapitän zur See von Ahlefeld, geht von Alexandrien aus über Smyrna, Piräus, Genua, Tarent, Neapel, Palermo, Maddalena, Cartagena, Portland nach Kiel. Das Schwesterschiff „Stosch", Kapitän zur See Thiele, läuft von Korfu aus die Häfen Venedig, Triest, Tarent, Palermo, Kadix und Portsmouth an. In Tarent werden „Stein" und „Stosch" sich treffen und drei Tage verweilen. Das vor Smyrna stationirte Schiffsjungenschulschiff „Moltke", Korvettenkapitän Stiege, geht am 18. Januar nach Alexandrien weiter, und dampft Ende Januar über Messina, Barcelona, Malaga, Lissabon, Darthmouth nach Kiel. Das Schwesterschiff „Gneisenau", Kapitän zur See Hofmeyer, ankert noch vor der Nilmündung und läuft auf der Mitte Januar anzutretenden Heimfahrt die Häfen von Neapel, Genua, Tetuan, Tanger und Plymouth an. Falls die Verhältnisse es erfordern, soll „Gneisenau" den Aufenthalt vor Tanger verlängern und Gibraltar besuchen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Januar. Das Ministerium des Innern hatte, wie erinnerlich sein wird, s. Z. die vom Grazer Gemeinderath beschlossene Bismarckfeier, die in einem Festkommers mit Ansprache des Grazer Bürgermeisters und Anpflanzung der „Bismarckeiche" auf einem Grundstück der Stadt Graz bestehen sollte, verboten. Auf Beschwerde der Stadt hob heute der Verwaltungsgerichtshof das Verbot als gesetzwidrig auf.

Wien, 13. Januar. Das Abgeordnetenhaus lehnte mit 101 gegen 47 Stimmen die Dringlichkeit der Anträge Lewakowski und Romanczeck betreffend die unbeeinflußte Durchführung der nächsten Reichstagswahlen in Galizen ab, nachdem der Ministerpräsident Graf Badeni erklärt hatte, daß er auf ein korrektes und legales Vorgehen der Behörden bei den Wahlen das größte Gewicht und den größten Werth lege.

Frankreich.

Der der französischen Regierung nahe stehende „Temps" veröffentlicht in der gestern Abend eingetroffenen Nummer unter der Ueberschrift: La Russie einen Leitartikel, in dem zunächst die Ansichten der verschiedenen als Kandidaten für die Leitung des russischen Ministeriums des Auswärtigen genannten Persönlichkeiten erörtert werden. Nachdem das Pariser Blatt dann von der Eventualität der ihm noch nicht bekannten Ernennung des Grafen Murawjew gesprochen hat, gelangt es zu Konklusionen, die für die in Frankreich herrschenden Anschauungen jedenfalls sehr charakteristisch sind:

„Alles dies", schreibt das Blatt, „ist, wie man gestehen muß, noch in viele Wolken gehüllt; es sind einfache Hypothesen, die wir flüchtig verzeichnet haben, bloße Seifenblasen, die von einem Augenblicke bis zum andern platzen können, die aber trotzdem in der Petersburger Atmosphäre augenblicklich umherfliegen. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns über die Authentizität dieser Informationen zu äußern, ebensowenig wie über andere Gerüchte, die mit einer bewunderswerthen Beharrlichkeit in der letzten Zeit verbreitet waren, und unter denen wir nur die beiden verzeichnen, die auf die angebliche Entlastung des Finanzministers von Witte und auf die Bildung einer Art von Regentschaftsrath Bezug haben, der bestimmt ist, der Unerfahrenheit (!) des jungen Zaren zu Hülfe zu kommen und ihn von einem Theile einer Bürde zu entlasten, die er erdrückend fände. Hinsichtlich dieses letzten Punktes ist es sehr möglich, daß es sich ganz einfach um eine sensationelle Erweiterung der vollkommen authentischen Nachricht von gewissen ganz provisorischen Maßregeln handle, die bereits getroffen wurden oder bei Gelegenheit des Aufenthalts des Kaiserpaares in Livadia getroffen werden sollen. Niemand wird sich jedoch für berechtigt halten, von vornherein eine absolute Ableugnung Behauptungen entgegen zu stellen, die darauf abzielen, das Gewicht der effektiven und autokratischen Souveränetät eines Reichs von mehr als 100 Millionen Seelen als vielleicht die Kräfte eines Mannes übersteigend darzustellen. Kaiser Nikolaus II. hat die Erfahrung davon insbesondere gemacht, seitdem der Tod ihn eines vertraulichen Rathgebers beraubt hat, und trotz dem vielleicht ein wenig naiven (!) guten Willen, von dem er einen Beweis gegeben hatte, als er bei der Thronbesteigung der bereits so schweren Masse seiner unumgänglichen Verpflichtungen eine weitere hinzufügen wollte, indem er den persönlichen Vorsitz der Kommission für die sibirische Eisenbahn fortführte, kann er sich doch gedrängt fühlen, eine wirksame Unterstützung in einer neuen Einrichtung zu suchen, die das weitere Verdienst hätte, eine Art Pfand für seine liberalen (!) Absichten zu gewähren."

In Verbindung mit dem in diesen Tagen von dem früheren Diplomaten Valfrey über Herrn von Nelidow im „Figaro" veröffentlichten Artikel zeigen die Ausführungen des „Temps" jedenfalls das Bestreben, an dem Verhalten des Kaisers Nikolaus II. eine nicht gerade taktvolle Kritik zu üben oder ihm mehr oder minder interessirte Rathschläge zu ertheilen.

Italien.

Rom, 13. Januar. Wie die „Opinione" mittheilt, hat die Regierung den von dem General Baldissera aus Gesundheits- und Familienrücksichten nachgesuchten Urlaub nach Italien unter der Voraussetzung bewilligt, daß derselbe die Lage der Kolonie im Innern und an der südlichen und westlichen Grenze für hinreichend gesichert ansehe, um keinerlei Befürchtungen einzuflößen. Die „Opinione" schließt aus der Thatsache, daß General Baldissera die Reise nach Italien angetreten hat, daß kein Grund zu Befürchtungen vorliege.

Rom, 13. Januar. Die „Italia militare" dementirt die Nachricht, daß die Umwandlung der Feldartillerie siebzig Millionen kosten werde, übrigens sei noch kein bestimmter neuer Kanonentyp gewählt.

Die „Italie" erblickt in der Ernennung des Grafen Murawjew zum Minister des Aeußern einen neuen Beweis dafür, daß die russische Politik fortfahren werde, friedlich und dabei deutschfreundlich zu sein.

England.

Cleveland (Yorkshire), 13. Januar. Bei der heutigen Ersatzwahl zum Unterhause an Stelle des verstorbenen Liberalen Henry Pease wurde Alfred Prase (liberal) mit 5503 Stimmen gewählt. Für den Kandidaten der Unionisten Oberst Ropner wurden 4080 Stimmen abgegeben.

Asien.

Die „St. James Gazette“ läßt sich eine Sensationsaffaire aus Yokohama depeschiren, des Inhalts, der deutsche Gesandte in Tokio habe bei einer Ausfahrt einem japanischen Studenten auf der Straße mit der Peitsche in's Gesicht geschlagen. Dieser Angriff, der völlig unprovozirt gewesen, habe einen Sturm der Entrüstung in der eingeborenen Presse hervorgerufen, und die Abberufung des Gesandten werde energisch verlangt. Die Zeitung „Nichi Nicti Shimbun“ wisse auch bereits mitzutheilen, daß das Auswärtige japanische Amt die Sache aufgenommen habe. — Hier ist von dem angeblichen Vorgang nicht das Geringste bekannt. Man hält ihn, so weit der deutsche Gesandte mit ihm in Verbindung gebracht ist, für einfach erfunden. Freiherr v. Gutschmid vertritt das deutsche Reich in Japan jetzt schon seit vier Jahren, kennt Land und Leute und ist bei den sehr fein die Persönlichkeit beurtheilenden Japanern besonders gern gesehen und ihnen sympathisch. Andere Diplomaten, namentlich der jüngst verstorbene russische Gesandte Hitrowo haben sich vergeblich die größte Mühe gegeben, „populär“ im Lande, wohlgelitten in den Salons zu werden. Das, was ihnen trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, wurde dem deutschen Vertreter entgegengebracht. Wir glauben nicht, daß in diesen Beziehungen eine plötzliche Aenderung eingetreten sein kann.

Amerika.

Die Geschichte, daß die Carnegie-Werke für den Bau neuer amerikanischer Panzerschiffe zum Theil unbrauchbare Platten geliefert und dabei die Regierung hintergangen haben, bestätigt sich. Dem Marine-Sekretär liegt jetzt der Bericht der Spezialkommission vor, welche ernannt war, um die Behauptung der im Bundesschiffsbauhof zu Newport News angestellten Konstrukteure zu untersuchen, daß die Carnegie-Werke für die Schlachtschiffe „Kentucky“ und „Kearsarge“ Panzerplatten von schlechter Qualität geliefert hätten. Der sehr umfangreiche Bericht beschreibt ausführlich die Versuche, die die Kommission mit den Platten angestellt hat, und weist nach, daß sämtliche defekten Platten aus den Carnegie-Werken herrührten. Die Untersuchung hat ferner ergeben, daß das jetzige Inspektionssystem ein äußerst mangelhaftes ist, da thatsächlich Platten geliefert wurden, die gar nicht inspizirt worden waren. Wenigstens trugen sie keinen Inspektionsstempel. Die Nothwendigkeit einer radikalen Aenderung des bisherigen Inspektionssystems ist klar zu Tage getreten, und es heißt, daß Sekretär Herbert die Absicht hat, für die unerfahrenen Marine-Offiziere, die bisher zum Inspektionsdienst kommandirt wurden, Zivilexperten als Inspektoren zu substituiren, und zwar unter einer Kontroll-Behörde, die aus einem Schiffkonstrukteur, einem Marine-Ingenieur und einem Marine-Offizier bestehen soll.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. Januar. Die Eisverhältnisse in der Ostsee sind im Ganzen günstig zu nennen, bei Rügen ist zwar an der Küste entlang eine feste Eisdecke und der Hafen von Saßnitz vollständig zugefroren und am Strande von Stralsund ist das Eis so fest, daß über dasselbe die Lastenbeförderung nach Altefähr möglich ist. Vor Swinemünde ist in See Schlammeis bemerkbar, dagegen ist der Strom vom Quai ab fast eisfrei, im Haff liegt das Eis noch fest. Die Verbindung zwischen Stettin und Swinemünde ist durch die Eisbrecher fortgesetzt unterhalten und der Schiffsverkehr verhältnißmäßig rege, so gingen gestern 7 Dampfer von hier nach Swinemünde ab und 4 trafen von dort hier ein.

— Der dem Landtage zur Beschlußfassung vorliegende Staatshaushaltsetat für 1897—98 bringt u. A. die Errichtung von 160 neuen etatsmäßigen Steuersekretärstellen bei den Einkommensteuerveranlagungskommissionen in Vorschlag. Hiermit wird den in neuerer Zeit mehrfach laut gewordenen Wünschen der in der Verwaltung der direkten Steuern beschäftigten Supernumerare Rechnung getragen, soweit dieselben als berechtigt anzuerkennen sind. Wenn in der Steuerverwaltung ein normales Verhältniß zwischen der Zahl der etatsmäßig angestellten und der diätarisch besoldeten Beamten noch nicht besteht, so ist dies darauf zurückzuführen, daß das besondere Bureaupersonal bei den Veranlagungskommissionen überhaupt erst seit wenigen Jahren neu geschaffen und in Folge der außergewöhnlichen Verhältnisse sehr schnell angewachsen ist. Soweit die nothwendige Rücksichtnahme auf die Anstellungsverhältnisse in anderen Verwaltungszweigen es gestattet, wird auf eine entsprechende Vermehrung der etatsmäßigen Steuersekretärstellen auch künftig Bedacht genommen werden.

— Die Pflicht der Wiederinstandsetzung der Wohnungen durch den ausziehenden Miether betraf eine Klage, welche unlängst vor dem Reichsgericht zur endgültigen Entscheidung gelangte. Ein Hausbesitzer klagte gegen einen Miether, dem er eine Wohnung neu tapeziert übergeben hatte und der sich beim Auszug weigerte, die Wohnung wieder neu tapezieren zu lassen. Der Hausbesitzer führte an, daß ein Absatz des Miethsvertrages laute, die Wohnung müsse in dem gleichen Zustande wie bei der Uebernahme durch den Miether wieder übergeben werden, was der Beklagte in allen Instanzen bestritt, bis die Sache vor das Reichsgericht gelangte. Dieses erließ nun den prinzipiellen Entscheid, daß der zitirte Punkt des Miethvertrages keineswegs im Sinne des Wortes aufzufassen sei, sondern die natürliche Abnützung in sich schließe. Demgemäß wurde der Hausbesitzer mit seiner Klage abgewiesen und ihm die nicht unbedeutenden Streitkosten auferlegt.

— Der Spielplan des Stadttheaters für die nächsten Tage ist in folgender Weise aufgestellt: Freitag: Novität „Liebelei“, Schauspiel von Schnitzler, „Waldeinsamkeit“. Sonnabend: Volksthümliche Vorstellung „Egmont“. Sonntag Nachmittag, kleine Preise: „Die Räuber“, Abends: „Die Zauberflöte“.

— Das am 20. d. M. stattfindende Symphonie-Konzert der Stadttheater-Kapelle erhält durch die Mitwirkung von Publo de Sarasate eine besondere Anziehungskraft. Weiter bringt das Programm eine Novität „Till Eulenspiegel's lustige Streiche“ von R. Strauß, Mozart's C-dur- (Jupiter) Symphonie und Wagner's Vorspiel zu den „Meistersängern“.

— Bierquellen, wie solche in Berlin schon seit Jahren von Aschinger eingerichtet sind und auf das beste floriren, werden bald auch in den verschiedenen Gegenden unserer Stadt zu finden sein. Die erste derselben ist heute Langebrückstr. 1 eröffnet worden.

— Das nächtliche Heulen der Kettenhunde kann als Erregung ruhestörenden Lärms betrachtet und nach § 360 Ziff. 1 des R.-Str.-G.-B. bestraft werden. Eigentlich sollten aber die Besitzer der oft jämmerlich heulenden Kettenhunde wegen Thierquälerei bestraft werden, denn diese ärmsten Thiere leiden häufig entsetzlich durch Kälte, Nässe, Hunger, Durst, Ungeziefer und Mangel an Bewegung und bringen ihr Leid durch Heulen deutlich genug zum Ausdrucke. Und doch giebt es so viele hartherzige Menschen, die ihre Hunde Tag und Nacht an der Kette hängen lassen, ohne daran zu denken, wie sehr diese darunter leiden.

* Ein beklagenswerther Unglücksfall ereignete sich vorgestern Nachmittag in Nemitz durch das leidige Spielen mit einer Schußwaffe. Dort waren bei einem alten Rektor zwei Schulamtskandidaten von 18—20 Jahren in Pension, einer von den beiden jungen Leuten besaß einen Revolver, den er vorgestern Nachmittag im Wohnzimmer auf den Tisch gelegt hatte. Der Freund nahm die Waffe in die Hand, um sie genauer zu betrachten, dabei muß er den Hahn des geladenen und nicht gesicherten Revolvers berührt haben, denn plötzlich krachte ein Schuß und der andere im Zimmer anwesende junge Mann brach tödtlich getroffen zusammen, die Kugel war in den Kopf eingedrungen und ärztliche Kunst erwies sich als machtlos. Kurze Zeit nach dem Vorfall erlag der unglückliche junge Mann der Verletzung.

* Einer am Klosterhof wohnhaften Handelsfrau wurden kürzlich von einem jungen Menschen mehrere geräucherte Aale aus ihrem Verkaufsstande gestohlen. Ein ganz ähnlicher Diebstahl, der möglicherweise von demselben frechen Burschen ausgeführt worden ist, wurde von einer in der Wallstraße wohnhaften Händlerin angezeigt, dort nahm der Mensch ein Stück Speck von etwa 5 Pfund vom Ladentisch weg und entlief damit.

* Heute früh gegen 6½ Uhr entstand in einem auf dem Grundstück Barnimstraße 23 stehenden Fachwerkgebäude, das als Wohnhaus und Stall benutzt wird, Feuer. Es brannten im Bodenraum Heu- und Strohvorräthe und Theile des Dachstuhls. Die Feuerwehr war zur Stelle und blieb fast zwei Stunden in Thätigkeit. Das Feuer wurde mit Hülfe der Gasspritze und eines Hydranten gelöscht. Während das Gros der Feuerwehr noch bei diesem Brande beschäftigt war, wurde auf der Wache abermals Feuer gemeldet und rückte die Reserve-Mannschaft mit den nöthigen Geräthen nach dem Hause Pölitzerstraße 93 aus, woselbst Theile einer Treppe in Brand gerathen waren. Beim Eintreffen der Feuerwehr war das Feuer bereits gelöscht.

Stettiner Gartenbau-Verein.

General-Versammlung vom 11. Januar.
Vorsitzender: Herr Koch.

Nach Verlesung des letzten Protokolles und Bekanntgabe der eingegangenen Schriftsachen wurde beschlossen, die für die Dresdener internationale Gartenbau-Ausstellung von 1896 gestifteten beiden Medaillen dem dortigen Komitee zu überweisen. — Hierauf erstattete Herr Renner den Kassenbericht für das Jahr 1896, der in Einnahme und Ausgabe mit 3 981,91 Mark schließt. Zu Rechnungsprüfern wurden die Herren Ebner, Kühne und Dannenfeldt einstimmig ernannt. Der Haushaltsplan für 1897 wurde nach den Vorschlägen des Vorstandes ohne Debatte und ohne Widerspruch genehmigt. — Einem Antrage des Herrn Kasten gemäß wurde beschlossen, dem Verein der Gartenkünstler in Berlin als Mitglied beizutreten. — Die demnächst vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl sämtlicher bisherigen Vorstandsmitglieder und zwar des Herrn Koch als Vorsitzenden, des Herrn Wiese als Sektretär, des Herren Renner als Schatzmeister und der Herren Hagge, Kasten, Reichardt und Ziegler als Beisitzer. — Bei der Mittheilung über die im Jahre 1896 stattgehabten Veränderungen des Mitgliederbestandes wurde das Andenken der im Laufe des verflossenen Jahres verstorbenen Mitglieder Stadtrath W. H. Meyer, Stadtältester Meister und Polizeikommissar Friedrich durch Erheben von den Plätzen geehrt. — Hierauf theilte der Vorstand mit, daß Herr Professor Dr. Winkelmann sich bereit erklärt habe, in der nächsten am 8. Februar stattfindenden Sitzung einen Vortrag über „die Reblaus und ihre Verbreitung in Europa“ zu halten. Auch wurde beschlossen, im Anschluß an die Februarsitzung einen humoristischen Herren-Abend mit Gratis-Verloosung von Pflanzen zu veranstalten, mit dessen Ausführung der Vorstand beauftragt wurde. — Bezüglich der für dieses Jahr zu veranstaltenden Rosen-Ausstellung wurde beschlossen, das für die letztgeplante Ausstellung aufgestellte Programm in Geltung zu belassen, sowie auch das damals für die Ausführung der Ausstellung gewählte Komitee auch für die diesjährige Ausstellung zu bestätigen. — Eine Anfrage des Herrn Kasten, ob eine Entschädigungspflicht für durch Hasenfraß in Baumschulen verursachten Wildschaden bestehe, wurde in verneinendem Sinne beantwortet. Zum Schluß theilte Herr Wiese mit, daß die angestellten Ermittelungen nach dem botanischen Namen der Kapblumen-Pflanze ergeben habe, daß es sich höchstwahrscheinlich um Helichrysum restitum handle.

Aus den Provinzen.

§§ **Prenzlau**, 13. Januar. Unsere Stadt wird nun auch bald ihr Bismarck-Denkmal haben. Unser Ehrenbürger, Herr Rentier Witt in Dresden, welcher seiner Vaterstadt schon wiederholt Beweise seiner Anhänglichkeit gegeben, hat neuerdings dem Magistrat ein nach dem Modell des Professors Schilling gefertigtes bronzenes Standbild des Alt-Reichskanzlers auf einem Sockel von schwedischem Granit übersandt, das auf einem öffentlichen Platz aufgestellt werden soll.

** **Kolberg**, 13. Januar. In dem 15 Kilometer von hier belegenen Dorfe Henkenhagen kam es heute Vormittag in der Schule zu recht erregten Auftritten, es zeigte sich während des Unterrichts plötzlich Quarm und bald schlug auch aus dem Schulhaus die Flamme. Die Kinder konnten alle die Schulzimmer verlassen ohne geschädigt zu werden, doch verbreitete sich das Feuer sehr schnell und äscherte nicht nur das Schulhaus, sondern auch eine daran stoßende Scheune mit Stall ein.

F. **Körlin a. P.**, 13. Januar. Vorgestern Abend brannte in Karwin das Grundstück des Ackerbesitzers Pahland vollständig nieder, und da auch viel Getreide- und Futtervorräthe sowie Vieh und Mobilien verbrannten, ist der Schaden ziemlich erheblich.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 14. Januar. Von den für die gegenwärtige Schwurgerichtstagung zur Verhandlung anberaumten Strafsachen hat die für den 16. Januar in Aussicht genommene Sache gegen den Kaufmann Emil Römhild aus Heinrichswalde und den Restaurateur Emil Hansmann von hier abgesetzt werden müssen und sind für den angegebenen Tag zwei andere Strafsachen angesetzt, nämlich gegen die Tischlerfrau Luise Praetzat von hier wegen Meineids und gegen den Schauspieler Johannes Koppen genannt Brandenburg von hier wegen Meineids. Für die beiden letzten Sitzungstage, den 22. und 23. Januar, steht zur Verhandlung die Anklagesache gegen den Kirchenkassen-Rendanten Max Bessert von hier wegen Verbrechens im Amte, als Mitangeklagter wird sich der Kaufmann Albert Kersten von hier wegen Hehlerei zu verantworten haben.

München, 12. Januar. Unter der Anklage, durch unvorsichtige Behandlung der Waffe den Tod eines Kameraden verursacht zu haben, hatte sich heute der Portepeefähnrich im 1. Ulanen-Regiment Karl Graf von Holnstein vor dem Militärgerichte zu verantworten. Der Thatbestand ist nach der „Allg. Ztg.“ folgender: Am 4. August v. J., Abends 10 Uhr, war im Exerzierhause des 13. Infanterie-Regiments zu Ingolstadt zwischen den daselbst einquartierten, zur Kriegsschule kommandirten Portepeefähnrichen Waidelin vom 2. Ulanen-Regiment, Stadelmaier, Steichele und Sölch eine scherzhafte Balgerei entstanden, an welcher sich schließlich auch der Angeklagte betheiligte. Um die Streitenden auseinander zu bringen, entriß er dem Waidelin den Säbel, den er nicht untersucht hatte und den er für ungeschliffen hielt. Er führte gegen den Knäuel der vor ihm befindlichen Fähnriche einen Stoß, jedoch nicht in der Absicht, einen zu treffen, sondern um sie zurückzudrängen. Hierbei traf er den Fähnrich Steichele in die linke Brustseite, so daß die Klinge, sei es durch die Wucht des Stoßes, sei es durch die Wirkung des Drängens der hinter Steichele Befindlichen, diesem zwischen der siebenten und achten Rippe in die Brusthöhle und durch das Zwerchfell, die Bauchhöhle und die Milz in den Magen eindrang, was den am 28. November 1896 nach langem Leiden erfolgten Tod verursachte. Die Geschworenen bejahten die an sie gestellte Schuldfrage und es wurde auf Grund dessen Graf Holnstein zu zehn Monaten Festungshaft verurtheilt.

Kunst und Wissenschaft.

Wien, 13. Januar. Regierungsrath Franz Kraus, bekannt als Durchforscher der Höhlen des österreichischen Alpengebietes, ist, 63 Jahre alt, gestorben.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 14. Januar. Gestern hat in der Dreifaltigkeitskirche die Trauung der Tochter des Hausministers, Fräulein Klara von Wedel mit dem Lieutenant im 1. Garderegiment Graf J. von Bismarck-Bohlen stattgefunden. Der junge Gatte ist der dritte Sohn des 1889 verstorbenen Grafen von Bismarck-Bohlen, des bekannten Flügeladjutanten König Friedrich Wilhelms IV., späteren Generaladjutanten Wilhelms I., und dessen Gemahlin geborenen von Below. Der älteste Bruder Graf Friedrich Karl ist der Besitzer von Karlburg und vermählt mit Fräulein von Tiele-Winckler, während der zweite Bruder, Graf Theodor, früherer persönlicher Adjutant des Prinzen Albrecht von Preußen, nicht mehr am Leben ist. Seine Wittwe ist eine geborene Komtesse Behr-Negendank. Die Schwestern sind die Gräfin Karoline Arnim, Gemahlin des Grafen Hermann Arnim auf Muskau, die in erster Ehe mit dem verstorbenen Grafen Werner Arnim-Boitzenburg vermählt war, sowie die Gräfin Marie Kanitz, Gattin des Agrarierführers, Grafen Kanitz-Podangen. Die junge Gräfin ist das einzige Kind des Hausministers und seiner Gemahlin, geborenen von Kotze, eine echt deutsche Erscheinung mit hellem Teint und blondem Haar, während Graf Bismarck von brünettem Typus und schlanker, stattlicher Gestalt ist. Der Kaiser hat den jungen Grafen mit einer hohen Ehre bedacht, indem er denselben an seinem Hochzeitstage zum Flügeladjutanten ernannte. Bei der Traufeierlichkeit erschien denn auch Graf Bismarck-Bohlen zum ersten Mal mit dem rothen Streifen am Beinkleid zum Waffenrock des 1. Garde-Regiments. Die Braut war in weiße Seide gekleidet und erhielt zu dem prachtvollen Bouquet aus Myrthen und Orangenblüthen nach der Feier noch ein zweites, ebenso prächtiges aus den Händen der Kaiserin. Der Vermählung war eine Reihe von Festlichkeiten vorausgegangen, deren Glanzpunkt, der Polterabend, im Hausministerium eine frohe und distinguirte Gästeschaar versammelt hatte. Zu diesem Fest, einem solennen Ball, waren der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, Prinz und Prinzessin Aribert von Anhalt, Prinz und Prinzessin zu Salm-Horstmar, zahlreiche Träger der Familiennamen Wedel, Bismarck-Bohlen, Kotze, Kanitz, Arnim und Malortie erschienen, ferner der Oberhofmarschall Graf August Eulenburg mit Familie, der Generallieutenant von Plessen und fast das gesamte Offizierkorps des ersten Garderegiments. Die reichen Hochzeitsgaben waren in einem besonderen Gemach gesammelt placirt worden, unter denen das stattliche kaiserliche Geschenk, ein kostbarer Tafelaufsatz der Berliner Porzellanmanufaktur, den Ehrenplatz einnahm. Der Ball wurde gegen 10 Uhr durch das Brautpaar eröffnet. Im Anschluß an die Vermählungsfeier fand im Hausministerium ein großes Hochzeitsmahl statt, welches der Kaiser mit seiner Gegenwart beehrte.

— Schon wieder hat sich eine amerikanische Erbin mit einem fremdländischen Aristokraten verbunden. In Newyork wurde die Verlobung von Miß Ella Walker, Tochter des Millionärs Hiram Walker, eines Spritfabrikanten in Ontario mit dem deutschen Grafen Manfred von Matuschka gefeiert. Manfred Maria Aloysius Antan Richard Alexander Alfred, Graf Matuschka wurde am 25. September 1869 in Bechau geboren. Er ist Erbe der Liegenschaften von Bechau, Nottwitz und Schlaupitz in Neisse, und der Güter Groß-Carlowitz, Glasendorf und Klodebach, in der Nähe von Grottkau. Graf Matuschka ist Ritter des Maltheserordens und Reserveoffizier.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. Januar. Wetter: Bedeckt. Temperatur + 1 Grad Reaumur, Barometer 765 Millimeter. Wind: NW.

Weizen, Roggen, Gerste, Hafer ohne Handel.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 37,3 bez. Termine ohne Handel.

Petroleum loko ohne Handel.

Rüböl unv., loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 54,00 B., per Januar 55,00 B., per April-Mai 55,25 B.

Privat-Ermittelung.

Weizen loko 170,00 bezahlt.
Roggen loko 124,00 bezahlt.
Hafer loko 133,00 erreichbar.

Berlin, 14. Januar. (Berliner Produktenmarkt. Privat-Ermittelungen.) Weizen per Mai 177,50. Flauer.

Roggen loko 128,00, bis 128,50, per Mai 129,50. Flauer.

Hafer loko 133,00 bis 148,00, per Mai 131,50. Matter.

Rüböl loko m. F. 56,50. Nom. loko o. F. 55,20.

Amtlich. Januar —,—, Mai 56,20 Flauer.

Spiritus amtl. loko 70er 38,00, loko 50er 57,40. per Mai 43,00, per September 44,00.

Mais loko 100,00 bis 102,00. Matt.

Petroleum 21,00 Still.

London, 14. Januar. Wetter: Fehlt.

Berlin, 14. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	103,90	London kurz	203 80
do. do. 3½%	103,60	London lang	202 25
do. do. 3%	98,90	Amsterdam kurz	168,55
Deutsche Reichsanl. 3%	98 70	Paris kurz	80,85
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,30	Belgien kurz	80 70
do. do. 3%	94,10	Berliner Dampfmühlen	117 75
do. Neuländ. Pfdbr. 3½%	100,60	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	68,00
3% neuländ. Pfandbriefe	93,70		
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100 70	„Union“, Fabrik chem Produkte	120,10
do. 3%	93 50		
Italienische Rente	91 70	Barziner Papierfabrik	183,25
do. 3% Eisenb.-Oblig.	55,60	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,20
Ungar. Goldrente	104,00		
Rumän. 1881er am. Rente	100,75	3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1906	101,00
Serbische 4% 95er Rente	67 50		
Griech. 5% Goldr. v. 1890	29 20	Stett. Stadtanleihe 3½%	100 40
Rum. amort. Rente 4%	88,70		
Ruff. Boden-Credit 4½%	105,80	**Ultimo-Kourse:**	
do. do. von 1880	103 00		
Mexikan. 6% Goldrente	96 75	Disconto-Commandit	210,30
Oesterr. Banknoten	170,05	Berliner Handels-Gesellsch.	161,10
Russ. Banknoten Cassa	216,55	Oesterr. Credit	235,25
do. do. Ultimo	216,75	Dynamite Trust	200,60
National-Hyp.-Credit-		Bochumer Gußstahlfabrik	167 00
Gesellschaft (100) 4½%	110,00	Laurahütte	166,50
do. (100) 4%	106 60	Harpener	183,00
do. (100) 4%	101,10	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	183,80
do. unkb. b. 1905		Dortm. Union St.-Pr. 6%	52,70
(100) 3½%	100,25	Ostpreuß. Südbahn	94,90
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4%		Marienburg-Mlawkabahn	93,70
V—VI. Emission	101,75	Mainzerbahn	118,90
Stett. Bul.-Act. Litt. B.	100,00	Norddeutscher Lloyd	113,60
St.tt. Bulc.-Prioritäten	191 00	Lombarden	29 60
Stettiner Straßenbahn	105 20	Franzosen	155 40
Petersburg kurz	216 00	Luxemb. Prince-Henribahn	94 60

Tendenz: Schwach.

Paris, 13. Januar, Nachm. (Schluß-Kourse.) Fest.

	13	12
3% amortisirb. Rente	—,—	100,90
3% Rente	102,40	102,37½
Italienische 5% Rente	91,70	91,75
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
4% Russen de 1889	102,50	102,40
3% Russen de 1891	93,15	93,20
4% unifiz. Egypten	105,60	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	61,62	61,87
Convert. Türken	21,15	21,27½
Türkische Loose	105,50	106,00
4% türk. Pr.-Obligationen	447,00	446,00
Franzosen	784,00	784,00
Lombarden	216,00	—,—
Banque ottomane	552,00	553,00
„ de Paris	826,00	823,00
Debeers	761,00	761,00
Credit foncier	690,00	682,00
Huanchaca	69,00	69,00
Meridional-Aktien	641,00	641,00
Rio Tinto-Aktien	669,00	663,00
Suezkanal-Aktien	3245,00	3260,00
Credit Lyonnais	777,00	776,00
B. de France	3710,00	3705,00
Tabac. Ottom.	337,00	337,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,50	122,50
Wechsel auf London kurz	25,20	25,20½
Cheque auf London	25,22	25,22½
Wechsel Amsterdam k.	206,87	206,53
„ Wien k.	208,25	208,25
„ Madrid k.	400,00	400,50
„ Italien	4,62	4,75
Robinson-Aktien	213,00	214,00
4% Rumänier	88,70	88,70
5% Rumänier 1892 u. 93	101,00	101,25
Portugiesen	24,39	24,87½
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	492,00
4% Russen de 1894	—,—	66,50
Langl. Estat.	108,00	108,00
3½% Russ. An	100 15	100,10
3% Russen (neue)	93,35	93,10
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 13. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 52,75, per Mai 53,25, per September 53,75, per Dezember 54,75.

Hamburg, 13. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 9,32½, per Februar 9,32½, per März 9,42½, per April 9,47½, per Mai 9,57½, per August 9,85. Behauptet.

Bremen, 13. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Still. Loko 5,65 B. Russisches Petroleum. Loko —,—. Schmalz ruhig. Wilcox 22½ Pf., Armour shield 22½ Pf., Cudahy 24 Pf., Choice Grocery 24 Pf., White label 24 Pf., Fairbanks — Pf. Speck ruhig. Short clair middl. loko 22½ Pf., per Dezember-Januar — Pf.

Amsterdam, 13. Januar. Java-Kaffee good ordinary 51,00.

Amsterdam, 13. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 202,00, per Mai 201,00. Roggen loko ruhig, do. auf Termine behauptet, per März 111,00, per Mai 112,00, per Juli 115,00. Rüböl loko 29,00, per Mai 28,50.

Antwerpen, 13. Januar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,25 bez. u. B., per Januar 18,25 B., per Februar 18,50 B., per März —,— B. Ruhig.

Antwerpen, 13. Januar. Schmalz per Januar 52,00. Margarine —.

Paris, 13. Januar, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 24,50 bis 25,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 26,62, per Februar 26,87, per März-Juni 27,50, per Mai-August 27,87.

Paris, 13. Januar, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 22,60, per Februar 22,80, per März-Juni 23,35, per Mai-August 23,60. Roggen ruhig, per Januar 14,75, per Mai-August 14,50. Mehl matt, per Januar 48,00, per Februar 48,10, per März-Juni 49,05, per Mai-August 49,35. Rüböl ruhig, per Januar 55,50, per Februar 55,75, per März-April 56,50, per Mai-August 57,00. Spiritus matt, per Januar 31,75, per Februar 32,25, per März-April 32,75, per Mai-August 33,75. — Wetter: Regen.

London, 13. Januar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

London, 13. Januar. 96proz. Javazucker 11,25, ruhig. Rüben-Rohzucker loko 9,37, ruhig. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 13. Januar. Chili-Kupfer 50,12, per drei Monate 50,62.

London, 13. Januar. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 50 Lstr. 5 Sh. — d. Zinn (Straits) 59 Lstr. 7 Sh. 6 d. Zink 17 Lstr. 18 Sh. — d. Blei 11 Lstr. 17 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrant 48 Sh. 3 d.

London, 13. Januar. Spanisches Blei 11 Lstr. 13 Sh. 9 d.

London, 13. Januar, Nachm. 2 Uhr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreide ruhig, Preise seit Anfang unverändert; Gerste fest, Hafer flauer. Stadtmehl 27½—32 Sh. Angekommene Weizenladungen mehr angeboten.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 15 460, Gerste 7170, Hafer 52 360 Quarters.

Glasgow, 13. Januar, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 48 Sh. 8½ d. Warrants middlesborough III. 41 Sh. 8½ d.

Newyork, 13. Januar. (Anfangskourse.) Weizen per Mai 87,62. Mais per Mai 30,75.

Newyork, 13. Januar, Abends 6 Uhr.

	13.	12.
Baumwolle in Newyork	7⁷/₁₆	7⁵/₁₆
do. in Neworleans	7,00	7,00
Petroleum Rohes (in Cases)	6,90	6,90
Standard white in Newyork	6,20	6,20
do. in Philadelphia	6,15	6,15
Pipe line Certificates	91,00	90,00
Schmalz Western steam	4,17½	4,20
do. Rohe und Brothers	4,50	4,40
Zucker Fair refining Moscovados	2¹³/₁₆	2¹³/₁₆
Weizen stetig.		
Rother Winter- loko	97,25	98,12
per Januar	89,00	89,37
per Februar	—,—	—,—
per März	89,87	90,87
per Mai	86,25	87,12
Kaffee Rio Nr. 7 loko	10,12	10,12
per Februar	9,60	9,60
per April	9,70	9,70
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,60	3,60
Mais stetig,		
per Januar	29,00	29,25
per Februar	—,—	—,—
per Mai	30,50	30,75
Kupfer	11,75	11,60
Zinn	13,10	13,10
Getreidefracht nach Liverpool	3,00	3,00

Chicago, 13. Januar.

	13.	12.
Weizen stetig, per Januar	77,25	78,12
per Februar	—,—	—,—
Mais stetig, per Januar	22,37	22,37
Pork per Januar	7,67½	7,65
Speck short clear	4,12½	4,12½

Wasserstand.

* **Stettin**, 14. Januar. Im Revier 5,32 Meter = 16' 11".

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 14. Januar. Heute Morgen besprechen auch die übrigen Berliner Zeitungen die Ernennung Muravjews zum Verweser des russischen Ministeriums des Aeußern. Die „Voss. Ztg.“ schreibt, die russische Politik habe mit der Berufung Muravjew eine Schwenkung in deutschfeindlicher Richtung gemacht. Doch wäre es verfehlt, aus den überschwänglichen Hoffnungen der Franzosen übereilte Schlüsse auf die künftige Leitung der russischen Politik zu ziehen, da diese seit Jahrzehnten fest vorgezeichnet sei. Die Deutschfeindlichkeit Muravjews sei nur dessen persönliche Meinung, welche sich aber jetzt dem Staatsinteresse untergeordnet habe und nur in kleinlichen Fragen zum Ausdruck kommen könne. Der Zar habe seiner Mutter einen persönlichen Gefallen mit der Berufung Muravjews gethan. Die Verhältnisse im Orient und in Asien zwängen ihn, gute Beziehungen mit den Dreibundmächten zu unterhalten. Deshalb könne Deutschland die Ministerschaft Muravjews gelassen aufnehmen. Das „B. T.“ meint: Zar Nikolaus sei schwerlich der Mann, alle die Antipathien und Sympathien seines neuen Berathers mit zu übernehmen. Die innere Entwickelung des noch verhältnißmäßig jungen Muravjews sei schwerlich schon ganz abgeschlossen, deshalb könne er noch manche Wandlungen durchmachen. Sein Erscheinen auf jener einflußreichen Stelle brauche für uns kein Gegenstand von Beklemmung zu sein. Im Vertrauen auf unsere Allianzen dürfen wir allen Möglichkeiten ruhig entgegensehen. Der „B. B.-C.“ führt aus, die Politik des Zaren sei die des Friedens, und deshalb könnten wir den neuen Mann seines Vertrauens ruhig am Werke sehen. Er hält den Zaren für fest und Graf Muravjew für klug genug, der Versuchung, sich aus den Bahnen einer ruhigen, zielbewußten Politik locken zu lassen, erfolgreichen Widerstand zu leisten.

Brüssel, 14. Januar. Bei einer Unterredung mit dem Vertreter des „L. Hirsch's Telegraphen-Bureau“ erklärte der Bulgare Nischow, früher Gefängniß-Aufseher in Sofia, die von der „Swoboda“ veröffentlichten Briefe bestätige er vollauf. Er wisse bestimmt, daß der Prozeß gegen die Mörder Stambulows geführt wurde nicht wie es die Gerechtigkeit und Ehre Bulgariens gefordert habe, die Ursache hierfür sei der Druck, den die Bande Tüfektschiews auf die Hauptzeugen und sogar auf die Behörden ausübte. Er hoffe, daß das Urtheil vom Kassationshof als hinfällig erklärt werde und bei der neuen Verhandlung des Prozesses die wichtigsten Belastungszeugen verhört werden würden. Auf die Frage, unter welchen Umständen er nach Brüssel gekommen, zeigte Nischow einen Brief des bulgarischen Handels- und Landwirthschaftsministers vom 23. Dezember. Der Brief ist unterzeichnet von dem Finanzchef Atanasso und von dem General-Sekretär Chittow. Nischow ist einige Tage vor der Eröffnung des Prozesses in Brüssel eingetroffen und wurde von dem bulgarischen Konsul in Antwerpen persönlich aufs wärmste empfohlen. In dem Schreiben vom Handelsminister heißt es, derselbe empfehle Nischow angelegentlichst der Brüsseler Firma Ageniez, damit er dort die Fabrikation von Eßwaaren erlerne. Die Bedeutung dieses Briefes liegt darin, daß die Firma Ageniez den Fürsten Ferdinand und andere hohe Persönlichkeiten in Sofia zu Kunden hat.

Rom, 14. Januar. Das vielfach verbreitete Gerücht, der Papst habe zu Gunsten der Kubaner Rebellen in Madrid intervenirt, wird für vollständig unbegründet erklärt.

Dr. Duretti, Sekretär im Ministerium des Innern, ist nach Bombay abgereist, um die Abfahrten der nach Italien bestimmten Schiffe zu beaufsichtigen.

Heute findet die Sitzung des obersten Sanitätsrathes statt, welcher die Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung der Pest beschließen soll.

London, 14. Januar. Die Ernennung des Grafen Muravjew zum Minister des Aeußern ist seitens der hiesigen Regierung freundlich aufgenommen worden, obwohl der hiesige Hof weiß, daß Muravjw ein Freund der Franzosen ist, ist ihm doch auch bekannt, daß der Minister ein vollkommener Gentleman, vernünftig und anspruchslos und durchaus kein Mann von Wagnissen ist.